

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Kernsprecher Nr. 55

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Kernsprecher Nr. 55

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mk. 8.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto Nr. 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gepaltene Zeile 1.50 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.75 Mark, und für die 4 gepaltene Reklamezeile 5.00 Mark. Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 288

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Freitag, 16. Dezember 1921 (Adelheid)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Eine Note an die Reparationskommission.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 16. Dez. Bei einem Brand in einer alten Mietsbude in Grevenbroich gerieten eine Anzahl Personen, die sich schon zu Bett begeben hatten, in Lebensgefahr und wurden bewußtlos herausgeholt. Ein Kind ist erstickt.

Hitten (Westfalen), 16. Dez. Einbrecher drangen nachts in das Kloster der Schwestern vom heiligen Herzen Jesu ein und stahlen Kirchenwäpche, Alben und Kochtöpfe im Werte von 20 000 Mark.

Magdeburg, 15. Dez. Da die Direktion des Kraftwerkes Gispersleben bei Erfurt eine Forderung der Arbeiter auf Zahlung einer Beihilfe von 1000 Mark abgelehnt hat, haben die Arbeiter heute nachmittags die Arbeit niedergelegt, ohne für die Aufrechterhaltung der Stromkraftwerke zu sorgen. Es sind infolgedessen 320 Ortschaften und 39 Staatsbahnhöfe ohne Licht. Die technische Nothilfe ist eingeleitet.

Hamburg, 16. Dez. Im dem Güterbahnhof der Station des Hafenvororts Wilhelmsburg wurden aus einem Wagen 25 Wäpche Kupfer im Werte von 300 000 Mark gestohlen.

Saarbrücken, 15. Dez. Vom 18. Dezember ab kostet das Bierfund-Brot im Saargebiet 12 M., ein Pfund Brotmehl 3.80 M.

Berlin, 15. Dez. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am Donnerstag Bundespräsident Saab zum schweizerischen Bundespräsidenten für das Jahr 1922, zum Vizepräsidenten Bundesrat Schurer. Bundesrat Saab war 1917/18 schweizerischer Gesandter in Berlin.

Deutschland bittet formell um Zahlungsaufschub.

Berlin, 16. Dez. Gestern hat der Reichskanzler an den Präsidenten der Reparationskommission in Paris eine Note gerichtet, in der ein Aufschub für einen Teil der am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Reparationszahlungen gefordert wird. Es heißt darin:

Die deutsche Regierung ist auf das ernstlichste bemüht gewesen, die beiden bevorstehenden Zahlungen zu leisten. Da dies nur mit Hilfe einer Auslandsanleihe gelingen konnte, hat die deutsche Regierung in England wegen einer solchen Anleihe verhandelt. Von maßgebender Stelle ist ihr jedoch erwidert worden, daß unter den Bedingungen, welche zur Zeit für die Zahlungspflichtigkeiten der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche Anleihe in England nicht zu erlangen sei, und zwar weder als langfristige Anleihe noch als kurzfristiger Kautschuk.

Unter diesen Umständen kann es der deutschen Regierung nicht mehr gelingen, die Beiträge in voller Höhe zu beschaffen, die nötig wären, um die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu bezahlen. Selbst bei aller Anstrengung und unter Nachsicht ihrer dubiosen Lage wird die deutsche Regierung für diese Termine außer dem Wert der Sachleistungen und der Guthabens aus dem Reichsruhm nicht mehr als ungefähr 150-200 Millionen Goldmark aufbringen können.

Die deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, bei der Reparationskommission für den nicht erfüllbaren Teilbetrag einen Zahlungsaufschub zu beantragen. Sie bezieht sich zunächst auf diesen Antrag, obwohl sie sich bewußt ist, daß sie bei den nächstfolgenden Raten gleichfalls mit Schwierigkeiten zu rechnen haben wird.

Damit ist die Spannung der letzten Tage überzandend gelöst. Deutschland hat also für die nächsten Zahlungen keinen Ausweg oder Kredit erhalten können. Die Reife Atheniens in dessen ganz als erfolglos hinzustellen, wäre verfehlt. England hält unter gegenwärtigen Bedingungen eine Anleihe für unmöglich. Die Erkenntnis ist vorhanden, über den Weg scheint man sich in England angesichts der französischen Haltung wieder unklar geworden zu sein. Man will eine Nachprüfung der Reparationszahlungen vorschlagen. Es entspricht der Politik des Reichskanzlers, in den Reihen der Gegner selbst alle Erkenntnis von der Unmöglichkeit der Erfüllung zu entlocken. England wird sich halten. Die Einigkeit mit Frankreich aufgeben. Auf Grund der deutschen Rolle muß man die bisher lediglich mit England betriebene Angleichung der interalliierten Erörterung am liebsten übergeben werden. Die Reparationskommission wird Farbe bekennen müssen, ob sie die französische Gewaltpolitik fortsetzen wird oder die englische Geschäftspolitik nach manchen Erkenntnissen von Washington die Überhand bekommt. Mehr wie das Letztere können wir nicht erwarten.

Die Ministerbesprechung.

Paris, 15. Dez. Sabas meldet aus London: Entsprechend eines von Briand geäußerten Wunsches wird die Zusammenkunft des französischen und englischen Ministerpräsidenten in London und nicht in Champs-Élysées stattfinden. Briand wird auf seiner Reise nach London von Loucheur, Berthelot und den Sachverständigen Tannery, Cheffon, Petich und Kron begleitet werden.

Kathenan berichtet.

Berlin, 16. Dez. Wie das Berliner Tageblatt hört, wurde Dr. Rathenau gestern vormittag vom Reichspräsidenten Ebert empfangen. Er gab abermals einen Überblick über seine Londoner Verhandlungen.

Berlin, 16. Dez. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft trat gestern zu einer Vollversammlung zusammen. Die Führer der deutschen Landwirtschaft und die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen haben in dieser Sitzung zur Kreditaktion Stellung genommen.

Erklärungen des Kanzlers.

Berlin, 16. Dez. Der Reichskanzler gibt heute früh um 10 Uhr im Hauptausgang eine Erklärung ab. Um 11 Uhr schließt sich eine Sitzung des auswärtigen Ausschusses an, in der der Kanzler über die politische Lage sprechen wird.

Ein Kompromiß über das Ortsklassenverzeichnis.

Berlin, 15. Dez. Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten einigten sich nach längerem Verhandeln die Abgeordneten (Soz., Altkath., Zentrum und Sozialdem.) auf die folgende Formulierung, die schließlich auch von den Abgeordneten (Bayer. Vp., Dr. Most (D. Vp.) und Frau Zick (N.S.D.) unterstützt wurde:

Der Reichstag und der Ausschuß des Reichstages können Orte oder Ortsteile in eine andere Ortsklasse einreihen. Die erste Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses hat zu erfolgen, und muß bis spätestens 1. März 1922 beendet sein. Für die bei dieser erstmaligen Nachprüfung höher gestuften Orte und Ortsteile sind die Beiträge, rückwirkend vom 1. April 1920 ab, nachzuschicken. Das Ortsklassenverzeichnis ist spätestens zum 1. April 1922 neu aufzustellen.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Wenn der Reichstag, wie zu erwarten steht, diesem Antrag zustimmt, so wird die Auszahlung sofort in die Wege geleitet und nach der Beendigung erfolgen.

Das Ortsklassenverzeichnis im Reichstag angenommen.

Die vierte Sitzung zum Besoldungsgesetz, die neue Stellen in die Besoldungsordnung einordnet, wurde ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen. Bei der zweiten Lesung des Ortsklassenverzeichnisses wies der Berichterstatter Dr. Most (Deutsche Vp.) auf die fleißige Arbeit des Beamtenausschusses hin. Das Ortsklassenverzeichnis soll bis spätestens 1. April 1922 neu aufgestellt werden. Der Reichstag und der Beamtenausschuß des Reichstages können gemeinsam Orte oder Ortsteile in eine andere Ortsklasse einreihen. Die erste Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses muß spätestens am 1. März 1922 beendet sein. Einmalige Nachprüfungen erfolgen rückwirkend ab 1. April 1920. Die Vorlage wurde ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die neuen Beamtenforderungen.

Berlin, 15. Dez. Wie eine Berliner Nachrichtenstelle erfährt, ist die weitere Erhöhung der Dienstbezüge gestern ablehnend beantwortet worden unter Hinweis darauf, daß erst vor kurzem die Beiträge der Beamten, Angestellten und Arbeiter erhöht worden sind. Die Spitzenorganisationen beschloßen gestern Abend, an den geforderten Löhnen festzuhalten.

Berlin, 16. Dez. Die Germania erklärt die Delegation, daß der Reichskanzler auf die von den Spitzenorganisationen der Beamten am 3. Dezember eingereichten neuen Forderungen geantwortet habe, daß es ihm unmöglich sei, diese Forderung als Grundlage für neue Verhandlungen anzunehmen, in allen Teilen für erfinden.

Praktischer Kommunismus.

Berlin, 16. Dez. Die Kriminalpolizei verhaftete eine Anzahl Mitglieder einer kommunistischen Räuberbande, die die großen Geldbörse auf die Deutscher Bank und auf die Jochenstraße Alwine Bruders bei Halle und am Freitag den Raubüberfall auf den Kassierer der Kassiererei Siemens in Dresden verübt haben. Bei dem letzten Raub fielen ihnen 220 000 Mark und bei den beiden anderen

überfielen 550 000 Mark in die Hände. Bei den verhafteten Räubern, fünf Männern und einem jungen Mädchen, fand man noch 96 000 Mark. Anführer ist der bürgerliche Kommunist Bögel aus Köpenick bei Dresden.

Der Berliner Hochbahner-Streit.

Berlin, 15. Dez. Gestern fanden auf Einladung des Demobilisations-Kommissars zwischen den Vertretern des Personals der Berliner Hochbahn und der Direktion Verhandlungen statt, die völlig ergebnislos verliefen. Der Streit geht also weiter.

Die Pfarrerbefolgung im Staatsrat.

Berlin, 15. Dez. Im preussischen Staatsrat wurde der Gesetzentwurf über die Vereinfachung von Mitteln zur Verbesserung der Dienstleistungen der katholischen Pfarrer angenommen. Angenommen wurde ferner gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten der Gesetzentwurf betreffend die sofortige Vereinfachung von Mitteln zur Durchführung der Verstaatlichung der Polizeiverwaltungen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks.

Die Abstimmung in Odenburg.

Wien, 15. Dez. Das Neue Wiener Tageblatt meldet aus Budapest, nach einem Telegramm aus Odenburg hätten dort bis zum Abend des 14. Dezembers 13 550 Wähler abgestimmt, davon für Ungarn 10 438, für Österreich ungefähr 3000. Das Verbleiben Odenburgs bei Ungarn könne als gesichert gelten.

Sinnfeiner zum Irlandvertrag.

Dublin, 15. Dez. Bei der gestrigen ersten Zusammenkunft des Dail Eireann (irisches Parlament) wurde beschlossen, heute in öffentlicher Sitzung über die Ratifizierung des Vertrages abzustimmen. Im Verlaufe der Sitzung erklärte de Valera, der Vertragsentwurf hätte dem irischen Kabinett unterbreitet werden müssen. Nach dem Kabinett hätte sich das Sinnfeiner-Parlament damit befassen müssen. Collins, einer der führenden Sinnfeiner-Delegierten, der in London den Vertrag mitunterzeichnet hat, bestritt an Hand der von ihm geleiteten Delegierten von de Valera mitgeteilten Begleitumstände, daß die Delegierten keine Vollmacht gehabt hätten, Nebenverträge abzuschließen. Collins sagte, ich bin ein Verräter genannt worden, das irische Volk soll entscheiden, ob ich ein Verräter bin oder nicht. de Valera erklärte, es sei zugegeben worden, daß das Dokument nicht ein Vertrag sei, sondern ein Nebenabkommen, das für das Sinnfeiner-Parlament nicht bindend sei. Auf Antrag de Valeras wurde beschlossen, die Nachmitagsitzung des Sinnfeiner-Parlaments unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Die heutige Sitzung, in der über die Ratifizierung oder Ablehnung des Vertrages beschlossen wird, soll in Gegenwart der Presse abgehalten werden.

Frankenthal, 15. Dez. Das Urteil im Speyerer Widerstandskriegsprozess wurde gestern Abend nach dreitägiger Verhandlung gefällt. Unter Mitwirkung der Wehrmacht wurde gegen zehn Angeklagte auf Gefängnisstrafen von vier bis zehn Monaten erkannt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Sozialdemokratische Agrar- und Handelspolitik.

Die Sozialdemokratie steht heute vor der Tatsache, daß verschiedene ihrer Haupttheorien sich nicht mehr halten lassen. Sie mag es nicht zugeben wollen, aber es ist so.

Die sozialistische Agrarpolitik fußt auf der immer wiederholten Prognose, daß alles zum Großbetrieb dränge und in der Landwirtschaft ebenso wie in der Industrie der Kleinbetrieb ohne Gnade zum Tode verurteilt sei. In einem bemerkenswerten Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ erinnert der Sozialist Max Schippel an diese früheren Prophezeiungen der Sozialdemokratie und stellt fest, daß der wirkliche Tatsachenverlauf einen vollkommenen Zusammenbruch der Erwartungen und Anschauungen gebracht habe. Schippel spricht es offen aus, daß die seitherigen Anschauungen der Sozialdemokratie über die Notwendigkeit der Agrarwirtschaft, über die Aufhebung des Privateigentums und die Durchführung der Sozialisierung mit den Tatsachen durchaus nicht vereinbar wären. Er schreibt: „Zu Leben und Entfaltung drängt nach unserer heutigen Überzeugung vielmehr vor allem die Bauernwirtschaft, der Betrieb des bäuerlichen Selbstwirtschafters. Dementprechend helfen wir Großbetrieb und Großwirtschaft, weil überlebt

und nicht den begehrten Produktionshöchststand gewährend, mit zerschlagen. Kleinbauern mit ansehn. Und wenn wir gegenwärtig von agrarischer Sozialisierung sprechen, so denken wir weniger an alte und neue Staatsdomänen und Großlandwirtschaften in Eigenregie des Staates, an vielförmige Produktionsgenossenschaften von Landarbeitern als vielmehr an Ergänzung und Förderung der Beeinflussung der bäuerlichen Produktion durch Genossenschaften, an Ausgestaltung der bäuerlichen Berufs- und Interessenorganisation mit Normierungs- und Entlohnungsrechten immer im Rahmen bäuerlicher Reformen und Fortschritte. Das alles geschieht nicht nur, wo der gute alte revolutionäre Geist schwach geworden ist, sondern deutsche kommunistische Parteien beschließen heute als Programmpunkt: Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet. Er erhält das bisher von ihm bewirtschaftete Land zur freien Verfügung überlassen.

Inbesondere weist Schippel auf die Vorgänge in Rußland hin, wo doch die Kommunisten nicht einmal das den Gütebesitzern entzogene Land in kommunistische Großbetriebe umwandeln, sondern Bauern ansehn, und die Bauernhöfe ihren gegenwärtigen Eigentümern zur Nutzung überlassen. Eine schlimmere Niederlage konnte den Sozialisierungsfanatikern also nicht zuteil werden.

Ein nicht minder großer Irrtum gelangt den einschlägigen Sozialistenkreisen auch bezüglich der handelspolitischen Theorien des Sozialismus zum Bewußtsein.

Bei den früheren Zolltariffkämpfen behauptet man, die Zollpolitik käme nur den Produzenten zum großen Schaden und Nachteil der Konsumenten zu gute. In den „Sozialistischen Monatsheften“ weist wieder der oben genannte Sozialist Schippel auf die Zusammenhänge hin. Er geht aus von der Anschauung des verstorbenen sozialistischen Wirtschaftspolitikers Arthur Schütz, der früher schon immer die Gemeinamkeit der Interessen der Produzenten und Konsumenten zu stark betonte. Schippel schreibt:

Er ging nicht von der ganz unhaltbaren Grundanschauung aus, daß das Verlangen der Konsumenten nach billiger Versorgung immer ausschlaggebend sein müsse, gegebenenfalls unter Hinterrücksetzung der entgegenstehenden Interessen der Produzenten. Er sah vielmehr in der Abgrenzung der allgemeinen Produktionsinteressen die maßgebende Entwicklungskraft, der sich unter Umständen das widerstrebende unmittelbare Konsumenteninteresse unterwerfen hätte; mittelbar und indirekt, besonders was die arbeitenden Massen in Stadt und Land anlangt, stets durch eine reichere und lebenskräftigere Produktion gefördert.

Schippel ist der Ansicht, daß die seitherige sozialdemokratische Handelspolitik dringend einer Nachprüfung bedürfe. Besonders auch im Konsumenteninteresse. „Eine in vollem Fluß dahergeliefende Produktion“, schreibt Schippel, „muß in letzter Linie auch den Konsumenten am besten dienen, selbst wenn ein dem unbedingten Freihandel, der ungehemmt freien internationalen Konkurrenz zuwiderhandelnde Produzenten-schutz sich nötig machen sollte.“

Allerdings habe, sagt Schippel, diese außenhandelspolitische Seite augenblicklich eine geringere Bedeutung, da unsere heutige Balance unsere Beziehungen zur Auslandskonkurrenz schon von selbst regle und die wirksamste Einfuhrzurückdrängung bedeute. Aber die Zeiten könnten sich von neuem wieder ändern. Zu einem größeren Einfluß auf die Landwirtschaft und die landwirtschaftliche Bevölkerung werde man nur gelangen, wenn die Einseitigkeit und der enge Gesichtskreis des städtischen reinen Konsumenten abgetreift und die Preis-, Absatz-, Markt- und Einkommeninteressen der landwirtschaftlichen Produktion und Produzenten besser gewürdigt würden.

Zusammenschluß der Bodenbewirtschaftung.

Köln, 14. Dez. Der seit etwa zwei Jahren bestehende Provinzialverband rheinischer Gemeindeglieder hielt heute hier seine zweite Jahreshauptversammlung ab. Diese versammelte den Namen in Provinzial-Verband rheinischer Gemeindeglieder, Obst- und Gemüsezüchter (Strahlen, Rheinland) ab, nahm den Bericht über die mit dem rheinischen Bauernverein abgeschlossene Arbeitsgemeinschaft entgegen und erhielt vom Vorsitzenden des rheinischen Provinzialverbandes für Gartenbau-Betriebe die Zustimmung dafür, daß der engere Zusammenschluß sämtlicher Bodenbewirtschaftenden Betriebe immer notwendiger wird.

Ruhegehaltsempfänger.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über Kürzung des Ruhegehaltes und Wartegeldes derjenigen Versorgungsberechtigten zugegangen, die ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reichs- oder Staatsdienstes beziehen. Der Entwurf sieht vor, daß bei pensionierten Beamten, Offizieren und ehemaligen Kapitulanten, wenn sie außerhalb des Reichs- oder Staatsdienstes mehr als 10 000 M. verdienen, das Recht auf den Bezug der Altersversorgung und nach dessen Wegfall auch den Bezug des Zulages zum Ruhegehalt oder Wartegeld bis zur Höhe von 50 Prozent des 10 000 M. übersteigenden Betrages ruht.

